

## Rede Franz Schrewe Jahresempfang 10.3.2016

Jahresempfänge gibt's es zuhauf, einige schon in den ersten Stunden und Tagen des jeweils neuen Jahres, einige finden erst später statt, wenn die tägliche Arbeit alle schon wieder voll in Beschlag genommen hat. Uns so reiht sich auch der Jahresempfang des SoVD NRW in diese lange Liste ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen. Es ist für den Sozialverband Deutschland eine große Ehre, dass Sie unsere Einladung angenommen haben

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass ich nicht jede Einzelne und jeden Einzelnen persönlich begrüße. Ein Blick auf die Gästeliste hat mich davon überzeugt, dass ich das aber eigentlich tun müsste, dass ich praktisch jede Frau und jeden Mann namentlich begrüßen müsste. Denn Sie alle sind Ehrengäste. Doch dann bestünde meine Rede ausschließlich nur aus Begrüßungen, und ich würde es in 30 Minuten nicht schaffen, noch das eine oder andere zu sagen.

- Frau Ministerin Barbara Steffens wird erst später zu uns stoßen
- Ich begrüße Herrn Prof. Dr. Eike Hennig von der Universität des 3. Lebensalters an der Goethe-Universität Frankfurt. Wir sind gespannt auf Ihren Vortrag Herr Prof. Hennig.
- Ein herzliches Willkommen sage ich Herrn Günter Garbrecht, als Vorsitzenden des Landtagsausschusses Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dieser Ausschuss ist unser wichtigster Ansprechpartner in der Landespolitik.
- Ich freue mich, dass die Beauftragte der Landesregierung der Menschen mit Behinderungen Frau Elisabeth Veldhues bei uns ist. Herzlich willkommen Frau Veldhues.
- Ich begrüße die sozialpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und die in großer Zahl anwesenden Mitglieder des Landtags. Darf ich es sagen? 18 Damen und Herr Abgeordnete geben uns heute Morgen die Ehre.
- Und ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Landsministerien, der beiden Landschaftsverbände sowie die Vertreterinnen und Vertreter der vielen anderen Verbände und Organisationen mit denen der SoVD erfolgreich zusammen arbeitet.
- Und ganz zum Schluss, sie wissen wie es gemeint ist, begrüße ich meine Kolleginnen und Kollegen des SoVD NRW im ehrenamtlichen und im hauptamtlichen Dienst, die dafür sorgen, dass unsere 3 Standbeine des SoVD funktionieren. Das erste Bein, die juristische Beratung unserer Mitglieder in den vielfältigen Rechtsgebieten des Sozialrechts, das 2. Bein die Verbands- und Vereinsarbeit für die Mitglieder, die sich freuen, immer wieder mit Gleichgesinnten zusammen zu kommen und das 3. genauso wichtige Bein, die Arbeit an den sozialpolitischen Forderungen gegenüber der Politik als Mahner und Ideengeber.

Meine Damen und Herren, warum haben wir uns hier heute im Lambertushaus getroffen? Wir sind hier, um auf das bisher Erreichte zurück zu blicken und um uns darüber auszutauschen, vor welchen Herausforderungen wir jetzt, in der aktuellen Lage, stehen. Wir sind hier, um uns mit unseren Gesprächspartnern aus Politik, Wissenschaft und der Verbands-Szene in lockerer Atmosphäre auszutauschen und den Dialog zu intensivieren. Als Verband, der den Anspruch hat, für die sozial Schwachen einzutreten, nehmen wir, und dafür sind wir auch bekannt, kein Blatt vor den Mund.

Nicht weniger als die „soziale Frage an sich“ ist das ganz große Thema unserer Zeit. Wir reden Klartext – nicht, um uns wichtig zu machen, sondern weil wir das den Menschen, die wir vertreten,

schuldig sind. Wir wollen und wir dürfen uns gegenüber der Politik nicht klein machen. Wie können wir den sozialen Frieden sichern und verhindern, dass sozial Schwache gegen die sozial Schwächsten ausgespielt werden, auch hier in NRW? Wie verhindern wir, dass es zu Verteilungskämpfen und einer Radikalisierung kommt, einer Gesellschaft, in der sich jeder selbst der nächste ist?

Neue Sorgen kommen dazu, aber die alten Sorgen bleiben aktueller denn je!

Unser Land verändert sich. Nicht nur unser Land NRW sondern auch unser Land Bundesrepublik. Aber in welche Richtung verändert es sich? Unsere Sorge gilt einer ganzen Reihe von Fehlentwicklungen.

Meine Damen und Herren, der Sozialstaat bröckelt – und das schon eine ganze Weile. Zusatzkosten bei der Krankenversicherung, bei der Pflege, bei der Altersversorgung – überall wurden private Bausteine der Finanzierung implementiert – die Idee einer Umlage der realen Kosten relativiert – wir finden: das ist eine Entwicklung in die falsche Richtung. Sie bedroht die Glaubwürdigkeit und die Existenzberechtigung der sozialen Sicherungssysteme.

Eine Politik, die immer mehr auf Eigenverantwortlichkeit setzt, soziale Risiken ins Private „outsourct“ und bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme über Sozialabgaben nur einen Teil der Erwerbstätigen in die Pflicht nimmt – und Vermögende, falls sie sich überhaupt beteiligen, durch niedrige Bemessungsgrundlagen auch noch schont – eine solche Politik passt nicht zu einem Land, das sich dem Recht auf Teilhabe verpflichtet fühlt.

Verehrte Gäste, was bedeutet dieses Wort eigentlich – „Teilhabe“? Die Antwort ist zu vielschichtig, um auf einen Satz oder gar nur ein Wort reduziert werden zu können. Viel einfacher hingegen ist es zu erklären, was Teilhabe alles nicht ist. Das nämlich sieht man tagtäglich. Und zwar überall dort, wo sie noch nicht gelingt. Das Gegenteil von Teilhabe ist: Ausgrenzung. Außen vor zu sein statt mit dabei. Ausgegrenzt statt einbezogen, „exkludiert“ statt „inkludiert“.

Mit dem viel benutzten, aber wenig gelebten Begriff der „Inklusion“ ist sogar viel mehr gemeint als nur „einbezogen werden“, denn das hieße ja, dass eine eigentlich gesondert zu betrachtende Gruppe lediglich mit dabei sein „darf“. Das aber ist genau nicht gemeint. Inklusion heißt vielmehr, dass es normal ist, anders zu sein, Zugang zu haben in allen Bereichen, bei gleichen Chancen, ohne diskriminiert zu werden. Teilhabe eben. Und dort, wo wir auf Barrieren stoßen, wird die Teilhabe, werden Menschen behindert.

Auf solche Barrieren stoßen auch pflegebedürftige Menschen, auch in NRW. Auch Menschen, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind, stehen aufgrund ihrer Beeinträchtigungen unter dem Schutz der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Definition entsprechend gelten auch sie als „behindert“. Und auch sie wollen nicht „ausgesondert“ werden.

Den Wunsch nach Selbstständigkeit und Mobilität haben natürlich nicht nur Menschen, die aufgrund ihres Alters pflegebedürftig werden. Auch für junge Menschen, die aufgrund einer Erkrankung, einer Einschränkung oder eines Unfalls behindert sind, gilt das. Sie wollen gestalten und nicht gestaltet werden. Apropos Unfall: Viele von uns sind gerade im Augenblick, heute Morgen halb 11, noch nicht behindert. Wenn es aber ganz schlimm kommt, können wir es heute Abend schon sein.

Selbstbestimmt zu leben hat mit Lebensqualität zu tun. Die Mehrheit wünscht sich im Fall von Pflegebedürftigkeit, zuhause versorgt zu werden. Nicht „INS Heim“, sondern Daheim. Ambulante Pflegestrukturen müssen also ausgebaut werden. Und da reden wir von professionellen Pflegekräften. Die Pflege durch Freunde und Verwandte kann allenfalls ein Baustein sein,

professionelle Pflege aber nicht ersetzen. Meine Frau und ich haben es im letzten Jahr von heute auf morgen bei meiner bei uns lebenden 93jährigen Mutter erfahren.

Wir müssen den Pflegeberuf dringend attraktiver machen, um den Fachkräftemangel in diesem Bereich zu bekämpfen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland, also hier in NRW, gilt das in ganz besonderer Weise. Dazu gehört eine den Aufgaben angemessene Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen. Die auffallend hohe Teilzeitquote bei den Beschäftigten muss reduziert werden. Und nicht nur die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, auch deren Entgelt muss verbessert werden.

Der Anteil pflegebedürftiger Menschen wird immer mehr zunehmen, der bereits vorhandene Fachkräftemangel sich aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge hingegen noch weiter verschärfen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Pflegestruktur und die Pflegeberatungsstruktur müssen in NRW konsequent und bedarfsorientiert ausgebaut werden, und das Ganze barrierefrei, versteht sich. Unsere alternde Gesellschaft hat den Bedarf.

Der Wunsch nach Selbstbestimmung bedeutet auch, neue Wohnformen zu realisieren. Wir brauchen also ein breites Angebot im Bereich der Pflege, ambulant, stationär, komplementär. Und diese Angebote müssen gut vernetzt sein, denn der Pflegebedarf eines Menschen kann sich ändern.

Meine Damen und Herren, die Pflege ist ein Zuschussgeschäft. Sie kann sogar ein Armutsrisiko darstellen. Sie wollen für Ihren Vater, die Mutter, den Ehepartner die bestmögliche Pflege. Für pflegende Angehörige kann das bedeuten: sie müssen Zusatzkosten tragen. Und in Haushalten, wo sich keiner findet, der hier einspringen könnte, um die finanzielle Lücke zwischen Anspruch und Erstattungswirklichkeit zu schließen, besteht möglicherweise ein Anrecht auf die sogenannte Hilfe zur Pflege. Und dann muss die öffentliche Hand einspringen. Das gleiche gilt für den stationären Aufenthalt. An allen Ecken und Enden zeigt sich: es müssen mehr Mittel in die Pflege fließen und das bei steigendem Bedarf.

Meine Damen und Herren, viele von uns haben es selbst erlebt: Wer einen Angehörigen pflegt oder seinen Partner, der muss oft kämpfen, um zu seinem Recht zu kommen. Die Kranken- und Pflegekassen haben vor allem die Kosten im Blick - Sie als Angehöriger (oder als Betroffener) eher die eigenen Bedürfnisse und Nöte. Es kommt also zu Auseinandersetzungen mit der Pflegekasse, die Hilfsmittel oder Pflegestufen vielleicht erst einmal ablehnt.

Hier kommen wir ins Spiel, der SoVD NRW, mit seinen fast 30 Geschäftsstellen, seinen Sozialberatern, den Juristinnen und Juristen, die dann eben nachhelfen, wenn ein SoVD-Mitglied nicht von allein zu seinem Recht kommt. Wenn ein Antrag - zum Beispiel auf eine ebenerdige Dusche – ohne Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort erst einmal abgelehnt wird mit der Begründung: Der Badewannenlifter tut es doch auch.

Wenn man aber weiß, dass der zu Pflegende eine Oberschenkelfraktur hatte und sich seitdem aus Angst, sich erneut etwas zu brechen, nicht mehr auf besagten Lifter traut und sich nur noch am Waschbecken waschen lässt – dann, meine Damen und Herren, ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Wir helfen dann den Antragsstellern in solchen Fällen, Widerspruch einzulegen und unterstützen sie beim Ausformulieren der Begründung. Nicht immer sind die Umstände den Kassen bekannt, nicht immer bildet das letzte Gutachten des MDK die pflegerische Wirklichkeit daheim ab. In gut jedem zweiten Fall gelingt es uns, die Ansprüche unserer Mitglieder durchzusetzen, ohne dass es zu einem Rechtsstreit vor dem Sozialgericht kommen muss. Aber auch dort können sich unsere Erfolgsquoten sehen lassen.

Menschen zu ihrem Recht verhelfen, sie nicht ausgrenzen, sie nicht im Stich lassen – das alles ist mit dem Begriff der „Teilhabe“ gemeint. Und wir, der SoVD NRW, sind froh und stolz, hier durch unsere politische Interessensvertretung, aber eben auch durch unsere Sozialberatung einen Beitrag leisten zu können. „Anwälte für Teilhabe“ zu sein, wenn Sie so wollen. „Barrieren-aus-dem-Weg-Räumer“ können wir sein, auch wenn das nicht immer gelingt: Ich bitte Sie, sich mal folgendes Bild vorzustellen:

Da ist ein Mensch in einem Rollstuhl. Er befindet sich vor einer Firmenzentrale. Er oder sie möchte sich gerne hier bewerben. Doch da sind Stufen im Eingangsbereich und ein Aufzug fehlt. Und jetzt? Natürlich müsste es möglich sein, einen Arbeitsplatz auch mit körperlichen Beeinträchtigungen zu erreichen. Dort, wo das aber nicht der Fall ist, hat auch der beste Bewerber schlechte Chancen.

Und warum? Nicht, weil der Bewerber, sondern weil das Gebäude, um das es geht, ein Defizit hat. Viele Unternehmer -und das ist nur mit den Barrieren in den Köpfen zu erklären - zahlen dann lieber die Ausgleichsabgabe statt der Pflicht nachzukommen, auch behinderte Arbeitnehmer zu beschäftigen.

So aber ist die Beschäftigungspflichtquote von 5 Prozent – wir fordern im Übrigen eine Erhöhung auf 6 Prozent – nicht zu erreichen. So ist Teilhabe nicht zu erreichen. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist unter Schwerbehinderten nicht nur hoch, sie ist extrem hoch. 2014 lag sie in NRW bei 51 Prozent. All diese Menschen konnten offensichtlich von der zeitweisen Belegung des Arbeitsmarktes nicht profitieren.

Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen zwischen 2005 und 2012 in NRW kontinuierlich sank, erhöhte sich die Zahl der Schwerbehinderten ohne Job sogar noch. Besonders betroffen waren dabei auffälligerweise diejenigen mit einer besonders hohen Qualifikation. Inzwischen gab es eine ganz leichte Verbesserung, aber von einer Trendwende am Arbeitsmarkt sind wir weit entfernt.

Diese Zahlen müssen aufrütteln. Wertvolles Potential bleibt hier in NRW ungenutzt – und das bei dem oft beklagten Fachkräftemangel. Nicht die Beeinträchtigung selbst ist das Problem, sondern eben jene Barrieren, die eine Chancengleichheit verhindern. Wir fordern deshalb eine deutliche und für Arbeitgeber und Unternehmen schmerzhafte Erhöhung der Ausgleichsabgabe.

Außerdem verlangen wir, dass die Erfüllung der Beschäftigungspflicht als Vergabekriterium in das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW aufgenommen wird. Dann hätten nur die Firmen, die ihrer Beschäftigungspflicht nachkommen, Chancen auf Aufträge der öffentlichen Hand. Ein effektives Mittel, denn freiwillig passiert in der freien Wirtschaft hierzu bisher wenig bis gar nichts. Das habe ich in 15 Jahren als Bürgermeister, aber auch in fast 30 Jahren in der Finanzverwaltung in Großbetrieben festgestellt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, auch auf dem Arbeitsmarkt funktioniert die Inklusion noch nicht so wie sie müsste. Vor allem nicht so wie sie könnte! Denn das ist mir wichtig: Wir sind keine Utopisten! Auch als Interessensvertreter haben wir einen Blick für die Realität. Wir wissen, dass wir nicht bei „Wünsch Dir was“ sind. Und deshalb ist mir diese Feststellung wichtig: Mehr wäre nicht nur wünschenswert, mehr wäre auch möglich!

Für Menschen mit Behinderungen wird nicht nur der Weg zu einer Arbeitsstelle buchstäblich und sprichwörtlich erschwert, jedweder Weg von A nach B kann ein Problem darstellen! Dabei gilt das uneingeschränkte Recht auf Teilhabe und Nicht-Diskriminierung auch für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Nehmen wir die E-Scooter. Die werden im Bus in NRW gar nicht mehr mitgenommen. Warum nicht?

Sie seien ein potentielles Risiko. Aber gab es bisher massenhaft Unfälle mit E-Scootern? Davon ist uns nichts bekannt. Bestimmte E-Scooter sind anerkannte Hilfsmittel zur Sicherstellung der Mobilität. Die Verkehrsbetriebe in NRW sollten daher gemeinsam mit der Landespolitik eine praktikable Lösung finden. In anderen Bundesländern, etwa Schleswig-Holstein, hat das auch geklappt.

Auch die Nutzung des Bahnverkehrs bereitet Probleme. Wer im Rollstuhl reisen will, muss das vorher ankündigen und eine halbe Stunde vorher am Bahnsteig sein. Das allein ist schon peinlich, aber wenn es nur das wäre! Es gibt nur einen geeigneten Wagon im gesamten Zug und der hat auch nur 2 (!) Plätze für Rollstühle. Bei solchen Bedingungen würde ich mir überlegen, ob ich nicht am besten gleich zuhause bleibe. Das aber kann und darf nicht die Lösung sein.

Im Rahmen der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes hat sich die Politik zum Ziel gemacht, bis zum 1. Januar 2022 die Barrierefreiheit im ÖPNV herzustellen. Auch dieser Schritt fußt auf klaren Vorgaben der UN-BRK. Allerdings beinhaltet besagte Novelle auch schon wieder Hintertürchen für die Verkehrsunternehmen. Dem treten wir entgegen und fordern die umfassende Umsetzung der Zielsetzung. Bei der Aufstellung der Nahverkehrspläne müssen die Verbände entsprechend beteiligt werden.

Ich könnte noch eine ganze Menge weiterer Barrieren ansprechen. Den Weg zum Arzt, zur Apotheke, zum Bankautomaten etwa – das sind ja nun alles Grundbedürfnisse und keine Extrawürste. Aber selbst dort lauern überall Hindernisse. Und zuhause, in den eigenen vier Wänden? Da geht es möglicherweise schon los mit den Barrieren. Weil Gebäude nicht an die Anforderungen von behinderten Menschen angepasst wurden. Vieles hat man ja auch selbst nicht bedacht, als man sich vor 40 Jahren unter großen Mühen ein Häuschen gebaut hat.

Weil Häuser, die modernen Bauvorschriften nicht entsprechen, unter Bestandsschutz stehen. Aber was folgt daraus? Eines ist klar, meine Damen und Herren: Menschen können sich nicht an Gebäude anpassen - andersherum wird ein Schuh draus! Und dafür brauchen wir verbindliche Regeln in der Landesbauordnung und einen klaren Fahrplan hin zu einem barrierefreien NRW.

Deshalb darf man zum Beispiel die notwendige Unterbringung für Flüchtlinge jetzt nicht nutzen, um die Standards bei der Errichtung von neuem Wohnraum, wie es sich manche Lobbyisten der Wohnungswirtschaft wünschen, zu senken. Von dieser Idee halten wir gar nichts. Das würde nämlich genau das bedeuten, was ich eingangs angesprochen habe – die Rechte der einen würden gegen die Bedürfnisse der anderen aufgerechnet.

Solide bauen, barrierefrei bauen, das bedeutet auch: nachhaltig und verantwortungsvoll bauen. Das kostet heute mehr, erspart dafür aber später den viel teureren Umbau. Das verbindlich zu regeln, abzusichern und Verstöße zu sanktionieren, fordern wir ein für die Novellierung der Landesbauordnung NRW.

Doch ich möchte noch einmal auf das Thema „Agenda“ und „Fahrplan“ zu sprechen kommen. Also: Welche konkreten Ziele setzt sich die Landesregierung zum Beispiel bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention? Welche Konsequenzen drohen, wenn strengere Vorschriften, für die wir kämpfen, nicht eingehalten werden? Ohne Sanktionen bei Nichteinhaltung wird jedes auch noch so gut gemeinte Gesetz zum zahnlosen Tiger.

Genau diesen Eindruck haben wir vom Entwurf des neuen Inklusionsstärkungsgesetzes in NRW – die Privatwirtschaft wird nicht zu einem Umdenken verpflichtet, es überwiegen Appelle und die

Formulierung von Wünschenswertem, auf das hinzuwirken sei. Bei allem Respekt, das ist viel zu wenig.

Als SoVD NRW, als Verband, der die sozial benachteiligten Menschen im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands vertritt, ist es unsere Aufgabe, dafür einzutreten, dass Menschenrechte nicht nach Kassenlage vergeben werden. Die Politik darf keinen Zweifel aufkommen lassen, dass es ihr ernst ist, wenn es um die Rechte der Menschen geht.

Ein Gesetz „weicher“ zu formulieren als es richtig wäre, weil es sonst teuer werden könnte, das ist der falsche Weg. Qualität kostet. Und was nichts kostet...sie kennen den Spruch. Aber er bewahrheitet sich eben auch hier.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 Bundesrecht und damit sowieso auch hier in NRW gültig, denn Bundesrecht bricht Landesrecht. Ein Hinweis diesbezüglich, also ein klares Bekenntnis, dass die BRK ohne jede Einschränkung auch in NRW gilt, findet sich im Entwurf des Inklusionsstärkungsgesetzes nicht.

Stattdessen relativiert er die Inhalte der BRK. Wenn eine Übertragung der Bestimmungen der BRK ins Landesrecht zusätzlich vorgenommen wird, dann kann das Ziel nur die Konkretisierung sein, nicht aber die Verwässerung. Ein solcher Gesetzentwurf würde daher auch nicht unsere Zustimmung finden.

Am sogenannten Aktionsplan NRW sehen wir, dass die Landesregierung das Thema Inklusion durchaus auf der Agenda hat, wie man so schön sagt. Das ist erstmal gut. Aber: Agenda bedeutet auch, dass man ein klares Ziel hat und einen konkreten, verbindlichen Fahrplan - auch einen Kostenplan. Das jedoch vermissen wir nach wie vor! Uns ist klar, dass Missstände mit Blick auf Teilhabe nicht von jetzt auf gleich behoben werden können.

Doch geschlagene 7 Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK kann von einem „jetzt auf gleich“ beim besten Willen keine Rede sein. Ein Menschenrecht wie das auf Teilhabe muss uneingeschränkt gelten, ohne Wenn und Aber. Daher fordern wir die Landesregierung auf, jetzt die notwendigen Schritte für eine wirksame, verbindliche und nachhaltige Umsetzung der UN-BRK zu beschließen. Eine gerechte Verteilung der Lasten ist nötig

Was wir als Sozialverband oft hören ist: „Uns fehlen die Mittel“ – ein Klassiker. Und der Befund als solcher stimmt ja auch: Viele Kommunen ächzen tatsächlich unter der Last der Ausgaben und Aufgaben. Aber warum ist das denn so? Weil der öffentlichen Verschuldung nicht durch eine gerechtere Steuerpolitik entgegengewirkt wird! Wenn Kommunen finanziell ausbluten, dann sollten wir doch auf der Einnahmenseite etwas tun. Dann könnten wir uns mehr leisten!

Uns ist natürlich klar, dass das vor allem ein Thema für den Bund ist. Aber von der Misere betroffen sind auch das Land NRW und seine Kommunen. Und deshalb ist es auch ein Thema für die Landes- und Kommunalpolitik. Wir haben Städte in NRW, die stehen inzwischen bundesweit für das Phänomen öffentliche Armut! Duisburg, Gelsenkirchen und viele andere!

Nehmen wir – beispielhaft für das Grundproblem – die Situation an den Schulen in NRW. Viele sind in einem desolaten Zustand. Eine Befragung des WDR hat das vor kurzem verdeutlicht. Der Sanierungsstau soll sich inzwischen auf zweieinhalb bis drei Milliarden belaufen. Schulen im Notbetrieb? Ganze Kommunen im Notbetrieb? Das kann kaum unser Anspruch sein.

Und das ewige Schwarze-Peter-Spiel bringt uns nicht weiter. Mit Blick auf die Schulgebäude läuft das ja beispielsweise so: der Bund sagt: Bildung ist Ländersache. Das Land sagt: Die Gebäude in

Schuss halten ist Sache der Kommunen. Und die Kommunen sagen: Stimmt, aber wir haben das Geld nicht. Ergebnis: die Probleme werden vertagt und der Putz bröckelt weiter von den Wänden.

Dabei wollen wir doch alle gute Schulen, eine funktionierende Bürokratie, ordentliche Straßen und tragfähige Brücken, kulturelle Angebote, attraktive und sichere Lebensräume. Und deswegen gilt: Der Bund muss sich endlich trauen, sich zur Abwechslung auch mal bei den obersten 1 bis 10 Prozent unbeliebt zu machen statt immer nur beim Rest. Und wir müssen alle Kräfte einsetzen, um auf Bundesebene dieses notwendige Umdenken herbei zu führen. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Handlungsfähig bleiben und dabei die Lasten fair verteilen, das ist Aufgabe einer nachhaltigen Politik. Das Vertrauen der Menschen in die Lösbarkeit von Problemen und die Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden sind ein hohes Gut, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Eine Verbesserung der Einnahmensituation durch gerechtere Besteuerung wäre im Übrigen nicht nur sozialpolitisch geboten, sie wäre auch wirtschaftlich sinnvoll.

Sie würde die öffentlichen Haushalte aus der Schulden- und Zinsfalle befreien und für Gestaltungsspielräume sorgen. Solange das aber nicht geschieht, muss das Mantra des Schuldenabbaus, muss das Diktat der schwarzen Null relativiert werden. Eine Gesundschumpfung um jeden Preis ist der falsche Weg. Das funktioniert in Griechenland nicht und es funktioniert bei uns nicht.

Es gibt so viele Aufgaben, die hier jetzt bewältigt werden müssen: Die Umsetzung der UN-BRK, der Abbau des Sanierungsstaus, die Instandhaltung der Infrastruktur. Und dann die neu dazu gekommenen Aufgaben: die Versorgung der Menschen, die Schutz bei uns suchen.

Sprachförderung, Integrationskurse, sozialer Wohnungsbau – das alles muss jetzt finanziert werden und nicht irgendwann. Aber, da wiederhole ich mich gerne, am allerbesten wäre es, die Aufnahme neuer Schulden würde durch eine stärkere Belastung der Vermögenden gänzlich überflüssig gemacht.

Als Verband, der sich seit genau 99 Jahren für sozialen Frieden und Gerechtigkeit einsetzt, ist es uns vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation eine Herzensangelegenheit, dass die berechtigten Ansprüche der einen nicht mit den offenkundigen Nöten der anderen verrechnet oder gegeneinander ausgespielt werden. Hier sind Sensibilität und ein hohes Maß an Verantwortung gefragt.

Wir müssen eine Gesamtperspektive entwickeln, ein tragfähiges Gesellschaftsmodell, wenn man so will. Vermeintlich einfache Antworten und Lösungen gehören nicht dazu. Der Begriff der Solidarität darf nicht zur Floskel verkommen, er muss gelebt werden. Es muss alles getan werden, um unsere Gesellschaft zusammen zu halten. Das kostet. Aber eine bessere Rendite kann es gar nicht geben.

Was bedeutet die Aufnahme so vieler Flüchtlinge in diesem Zusammenhang in NRW? Welche Chancen und Risiken ergeben sich daraus? Auch wir als Sozialverband beschäftigen uns mit diesen Fragen und wollen uns mit diesen Themen noch intensiver beschäftigen.

Ich freue mich daher, Ihnen mitteilen zu können, dass wir eine ganze Reihe kompetenter Gesprächspartner gewinnen konnten. Wir freuen uns auf den Gedankenaustausch und sind gespannt, welche Impulse für unsere Arbeit noch in diesem Jahr davon ausgehen werden. Daraus werden sich mit Sicherheit noch sozialpolitische Forderungen ergeben.

Miteinander reden statt nur übereinander – das ist zu Recht eine goldene Regel. Rhetorisch müssen wir abrüsten und dürfen uns sprachlich nicht an Rechtspopulisten orientieren. Wenn etwa von „Flüchtlingswellen“ die Rede ist, dann werden dadurch bedrohliche Metaphern bemüht. Nicht

immer stecken dahinter böse Absichten, aber auch durch solche Begrifflichkeiten, ob bewusst oder unbewusst gewählt, werden Ängste geschürt.

Dabei muss unsere Gesellschaft zusammenrücken statt sich aufspalten zu lassen! Mutige Schritte wagen, neue Wege gehen, sich nicht von Angst beherrschen lassen. Im Moment hab ich das Gefühl, dass nicht der viel zitierte „Ruck“ durch unser Land geht, sondern eher ein Riss. Diesen Riss müssen wir kitten. Und, um in diesem Bild zu bleiben: Der Klebstoff wäre da. Wir müssen ihn uns nur leisten wollen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns gute Gespräche im Verlauf dieses Vormittags.

Und sage von Herzen Danke für Ihre Aufmerksamkeit.